

167735

27

degnis

167735

Polen und die Erwerbung der preussischen Königswürde durch die Hohenzollern.

Nach den Akten dargestellt

von

Oberlehrer Dr. Franz Lüdtke

I. Teil: Abhandlung

Beilage zum Jahresbericht des Königlichen Realgymnasiums
zu Bromberg.

1912. Progr. Nr. 248.

Bromberg 1912
Gruenauersche Buchdruckerei Richard Krahl.



167735

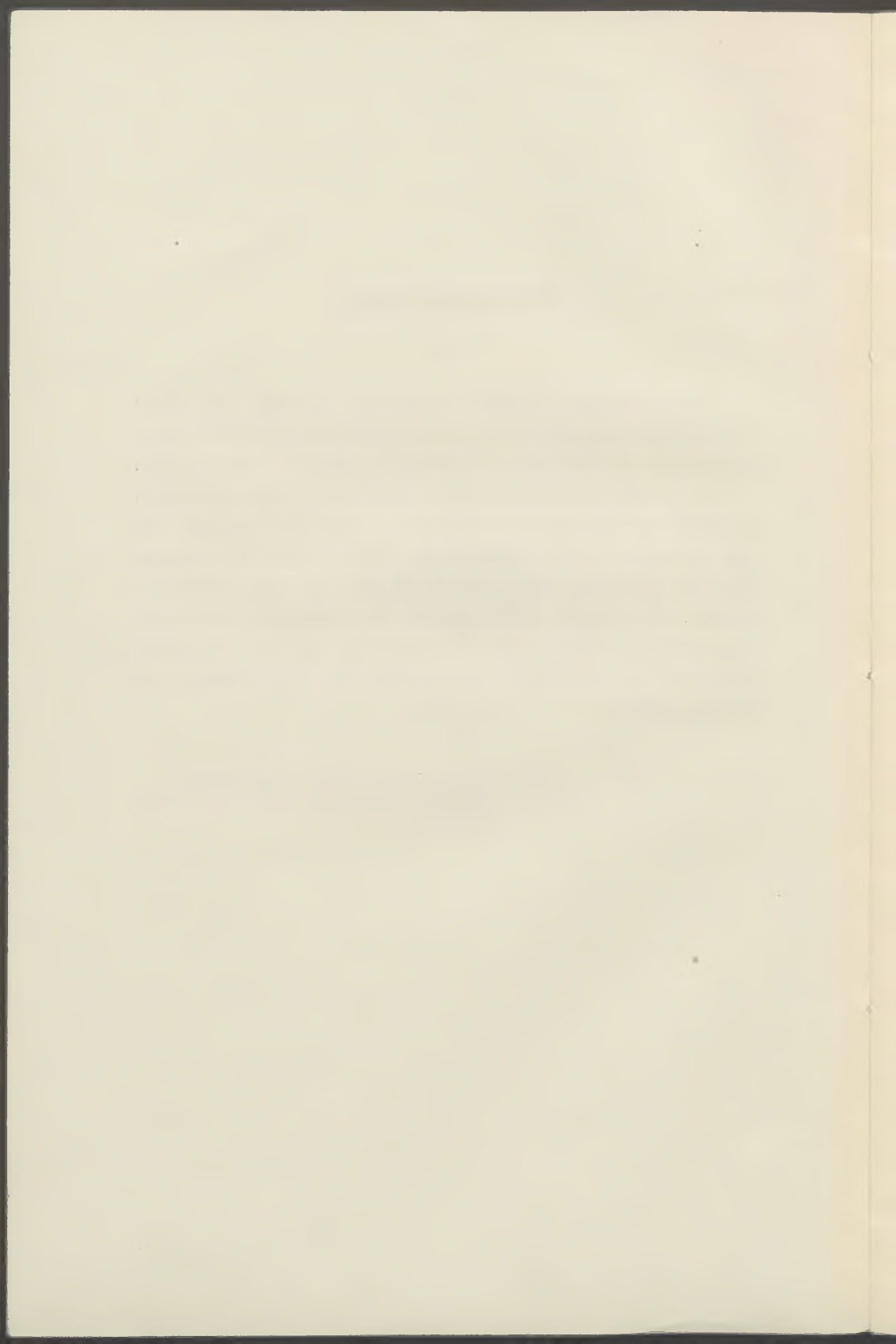
II

Vorbemerkung.

Der französische Historiker Waddington hat für sein Buch: *L'acquisition de la couronne royale de Prusse par les Hohenzollern* die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin bereits benutzt. Indessen ist seine Darstellung nicht frei von kleinen Mißverständnissen, und viele uns interessierende Einzelheiten fehlen bei ihm ganz. So habe ich denn die Berliner Akten noch einmal durchgesehen und nach ihnen die polnisch-preußischen Verhandlungen hier zur Darstellung gebracht. Für manche Punkte fand ich Ergänzungen im Päpstlichen Geheimarchiv zu Rom. Der hier vorliegende erste Teil der Arbeit bringt nur die Darstellung; der folgende Teil wird Anlagen und Exkurse enthalten.

Abkürzungen: D. A. = Geh. Staatsarchiv Berlin, Dignitäts-Akten,
Polonia = Päpstliches Geheimarchiv Rom, Nuntiatura
di Polonia.

❖



Das vereinigte Polen und Litauen hatte den Ordensstaat Preußen nicht völlig niederringen können. Ostpreußen war den Rittern geblieben, wenn auch in der Form eines polnischen Lehens. Das Vasallenverhältnis ging auf die Hohenzollern über, als diese (1615) den säkularisierten Staat erbten. Erst dem Großen Kurfürsten gelang es, das ihn persönlich drückende und politisch beengende Band zu lösen. Schwedens Übermacht hatte ihn im nordischen Kriege zum Abfall von dem polnischen Lehensherrn gezwungen. Ostpreußen empfing er damals von Karl Gustav zunächst als Lehen der Krone Schweden, sodann im Vertrage von Labiau (1656) als souveränes Herzogtum. Als er sich Polen wieder anschloß, mußte dieses den gleichen Preis zahlen und Friedrich Wilhelm als Souverän von Preußen anerkennen; nach den Vorverhandlungen in Wehlau entließen der König Johann Kasimir und die Republik Polen in feierlichem Friedens- und Bündnisvertrage am 6. November 1657 zu Bromberg den Kurfürsten aus dem bisherigen Abhängigkeitsverhältnis. Laut Artikel V des Vertrages¹⁾ besaßen künftighin der Kurfürst und seine rechtmäßigen männlichen Deszendenten iure supremi domini cum summa atque absoluta potestate das bisherige Lehen, und sie traten somit in die Reihe der selbständigen europäischen Fürsten ein. Aber freilich, nur die Hohenzollern sind souverän geworden, nicht Preußen selbst. Der Artikel VI behält Polen das Heimfallsrecht des früheren Lehens vor für den Fall des Aussterbens der rechten männlichen Deszendenz; es sollte „keine ewige Entfremdung des Lehens“ erfolgen. Zwar werden demgemäß die Stände, Beamten und Untertanen Preußens ihres Eides gegen den König und die Republik entbunden, doch müssen sie bei jeder Huldigung für die Kurfürsten gleichzeitig auch die Eventualhuldigung für die polnischen Könige und die Republik leisten. (Artikel VII.) So wenig nun auch tatsächlich und rechtlich die Artikel VI und VII die Souveränität der Kurfürsten selbst einzuschränken vermochten, so sehr gaben sie Unwissenden oder Ubelwollenden die Möglichkeit, eine noch fortdauernde Abhängigkeit Preußens von Polen zu behaupten oder zu konstruieren. Und die preußischen Stände ebenso wie die polnischen Magnaten haben das reichlich oft getan! Der Sitte der Zeit gemäß vollzog sich die Eventualhuldigung, die sowohl unter dem Großen Kurfürsten als auch unter seinem Nachfolger, Friedrich III., den Polen geleistet werden mußte, in höchst feierlichen Zeremonien, welche großen Eindruck machen und die Polen an ihre Rechte dauernd

¹⁾ Vgl. Moerner, Kurbrandenburgische Staatsverträge. S. 220 f.

erinnern mußten²⁾. Dieses eigenartige Verhältnis einer nicht wirklichen und doch scheinbar vorhandenen Abhängigkeit war es auch, das den Kurfürsten Friedrich III. zu ganz besonderer Aufmerksamkeit veranlaßte, sobald er mit dem Plane umging, die königliche Dignität zu erwerben und auf Preußen zu gründen. Friedrich verschmähte es, nur aus eigener Machtvollkommenheit, ohne die Anerkennung der anderen Staaten sich die Krone aufs Haupt zu setzen. Aber diese Anerkennung war schwer zu erlangen und vielleicht unmöglich, wenn Polen Protest gegen die preußische Königswürde erhob. Auch der Kaiser hatte das Einverständnis Polens verlangt, um selber zustimmen zu können³⁾. An Polen konnte das ganze „große Dessen“ scheitern; also galt es, diesen Staat für den Plan Friedrichs III. zu gewinnen. Aber wer und was war damals Polen?

Polen war längst kein innerlich geschlossenes Staatswesen mehr. Der König, der Senat, der Reichstag, die Landtage, ja schließlich der einzelne Magnat besaßen, betätigten oder beanspruchten politische Selbständigkeit. Polen war nur noch eine Art Föderativstaat; seine Bundesglieder waren die Edelleute. Man zählte drei Stände: König, Senat, Adel, und bezeichnete das Staatsganze meist durch: rex et respublica. Sollten Vorschläge der Regierung (König und Senat) Gesetzeskraft erhalten, so bedurften sie der Zustimmung des Reichs-

²⁾ Es ist angebracht, hierbei einen Augenblick zu verweilen, weil sich daraus die spätere Haltung Polens einfacher verstehen läßt. Wir besitzen eine Zeitung über die Erbählung von 1690: „Ausführlicher Bericht von allen dem was bey dem Einzug Königl. Polnisch. Gesandtschaft zu der Churf. Brandenburgischen Erb-Huldigung und was sonst vom 22. bis 26. May des 1690sten Jahrs allhier in Königsberg pähiret.“ (Königl. Bibliothek Berlin. Su 2592.) In ihr werden die Einholung der polnischen Gesandten, des Fürsten Lubomirski und des Kronreferendars Szezuka, ihr Empfang, ihre Audienzen sowie die ihnen zu Ehren veranstalteten, überaus glänzenden Festlichkeiten, Schmausereien, Vorführungen, Feuerwerk, Jagden usw. anschaulich und ausführlich beschrieben. Die Eidesleistung der Stände an den Kurfürsten Friedrich III. und an die Vertreter Polens wird wie folgt geschildert: „Raum hatten Ihre Kurfürstliche Durchlaucht und nebst ihnen Ihre Hochfürstliche Erzellenz Lubomirski zur rechten und Ihre Gnaden Szezuka zur linken Hand sich gesetzt und die Häupter sämtlich bedeket, da hielt der Preußische Herr Cancellarius an die sämtliche allda versammelte Land- und Bürgerschaft eine bewegliche Rede, in welcher er die Kurfürstliche Macht und Hoheit wie auch das Recht zu diesem Herzogtum, und die schuldige Pflicht derer Untertanen umständig ausgeführt. Dann antwortete hierauf der preußische Landesdirektor, Herr von Perbant, gleichfalls zierlich, worauf die anwesenden Stände und Bürgerschaft den vom Herrn Rat und Ober-Secretario Schmidt ihnen vorgelesenen Huldigungseid mit aufgehobenen Fingern und klarer Stimme freudig prästirret. Sobald solches vorbei, haben Ihre Hochfürstliche Erzellenz Lubomirski im Namen der Kron-Polen, rations devolutionis, bei den sämtlichen Landständen den Eventualeid gesucht, welche schöne Rede der Herr Kron-Referendarius in gutem Latein prosequieret. Und als hierauf ihm der Herr von Wallenrodt, als Vogt zu Fischhausen, in gleicher Sprache geantwortet, war durch den Herrn Bodum, Canonicum Warsaviensem, der Eventualeid verlesen und also dieser Punkt gleichfalls beschworen.“ — Es war dies der letzte Eid, den Polen von den preußischen Ständen empfing; Friedrich Wilhelm I. hat die Eventualhuldigung nicht mehr zugelassen.

³⁾ Vgl. Lehmann, Preußen und die katholische Kirche, I, Nr. 345, Abschnitt 6.

tages; aber jeder Abgeordnete konnte jederzeit durch persönlichen Einspruch die Tätigkeit (Aktivität) der Komitien hemmen oder durch Eintragung seines Widerspruchs (Veto) bei einem Grodgericht den Reichstag überhaupt ungültig machen, „zerreißen“. Dieser vielköpfigen Masse des Reichstages unterstanden auch die auswärtigen Angelegenheiten. Dessen muß man eingedenk sein, wenn man die Politik der „königlichen Republik“ beurteilt. In der Vielspaltigkeit Polens lag auch seine allen europäischen Mächten bekannte Ohnmacht begründet; auch Brandenburg kannte sie und brauchte Polen als solches ernstlich nicht zu fürchten. Immerhin aber gehörte die Republik doch noch zu den Mächten Europas, und ihr Widerspruch konnte leicht Friedrichs Pläne scheitern lassen.

Soviel war in Berlin bekannt, daß man die Zustimmung des polnischen Reichstages zu einer Mangerhöhung des Herzogtums Preußens nur sehr schwer — wenn überhaupt — erlangen konnte. Deshalb war von vornherein der gegebene Weg der, sich der wichtigsten Faktoren in Polen zu versichern, also in erster Linie des Königs. August von Sachsen und Polen brauchte Brandenburgs Unterstützung. Seine weitschauende Politik hätte Polens Rettung werden können; der Kampf gegen Schweden war ihr Anfang, die Herstellung der absoluten Gewalt in Polen sollte ihr Endziel sein. So befand er sich in doppelter Frontstellung und hatte nach zwei Richtungen hin die Unterstützung Friedrichs III. nötig. Er hat diesem denn auch ernstliche Schwierigkeiten nicht gemacht, zumal es ihm persönlich recht gleichgültig war, ob Preußen Herzogtum oder Königreich hieß. Nur um den Preis, den der Brandenburger zahlen sollte, handelte es sich für ihn; schließlich mußte er, der mit den polnischen Großen verfeindet war, ja auch vorsichtig sein. Jedenfalls gewann man Augusts mündliche und schriftliche Versicherungen, Friedrich als König anerkennen und einen Gesandten zu seiner Beglückwünschung absenden zu wollen⁴⁾. Natürlich war es notwendig gewesen, daß Friedrich in feierlichen Briefen erklärte, keinerlei Rechte Polens verletzen zu wollen⁵⁾. Sodann galt es, den wohl mächtigsten Mann in Polen, den Erzbischof von Gnesen und Primas der Republik, Kardinal Radziejowski, zu gewinnen. Auch das gelang, namentlich in Folge der Vermittlung des sächsischen Generalleutnants Grafen Flemming und nicht zuletzt durch das Versprechen reichlicher Belohnung; es gelang, trotzdem der Kardinal sonst der heftigste Gegner König Augusts war: in diesem Falle trieben beide die gleiche Politik, freilich ohne es aus gegenseitigem Mißtrauen einander recht eingestehen zu wollen. Eine ganz besondere Rolle spielte in den Verhandlungen der Bischof von Ermeland, Andreas Chrysothonus Baluski. Sein Bistum war von preussischem Gebiete fast umschlossen; er durfte deshalb schon aus eigenem Interesse nicht als Gegner Friedrichs auftreten. Außerdem aber betrieb er die Rückführung des Kurfürsten

⁴⁾ Vgl. dazu die Anlagen.

⁵⁾ Dieser Briefwechsel ist abgedruckt bei Waddington, l'acquisition de la couronne royale de Prusse par les Hohenzollern.

zum Katholizismus, und so suchte er in jeder Weise den Plänen seines Gönners die Wege zu ebnen. Auch eine große Anzahl anderer einflußreicher polnischer und litauischer Magnaten wurde — hauptsächlich durch Geschenke und Versprechungen — gewonnen, so die Przebendowski, Jablonowski, Leszinski, Sapieha u. v. a. Immerhin blieben dem Kurfürsten noch Feinde genug übrig; ihr Wortführer war der bei Hoje einflußreiche Unterkanzler von Litauen, Szcuka, derselbe, der 1690 bei der Eventualhuldigung in Königsberg zugegen gewesen war. Schließlich konnte Friedrich ja auch nicht jeden einzelnen durch Bestechung kaufen, und er wollte es auch nicht. So schreibt er am Krönungstage an seinen Warschauer Gesandten von Hoberbeck⁶⁾: „Wie wir denn auch ganz nicht gesinnt sein, diese Unsere neue Dignität von der polnischen Nation gleichsam zu erkaufen und an alle deshalb große Präsenten geben, in mehrerer Erwägung, daß Wir vor Gott und Menschen versichert sein, durch diese Unsere neue Würde nichts zu suchen noch zu erlangen, wodurch auch dem geringsten polnischen Edelmann eines Sellers Wert abgehet, und daß Wir kraft der über diese Unsere preussischen Lande Uns ohnedem zustehenden souveränen Recht ohne allen von der Krone Polen de novo erhaltenden Konsens den Titel eines Herzogs von Preußen ganz wohl mit dem Titel eines Königs in Preußen kommunizieren können.“⁷⁾

Für Friedrichs Pläne wirkte in Polen vor allem der Jesuitenpater Moriz Wota, von Geburt ein Italiener, aber als Beichtvater König Augusts von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Er war im Genuß einer brandenburgischen Pension und tat in Rom wie in Polen sein Möglichstes für den Kurfürsten, dessen Übertritt zur katholischen Kirche er wie Zaluski vergeblich betrieb. Zu den Gegnern Friedrichs gehörte, seitdem die Kurie in offene Feindschaft zu ihm getreten war, sozusagen von Amts wegen, jedoch ohne sehr

⁶⁾ D. N. VII, 105.

⁷⁾ Hoberbeck kann nicht völlig zustimmen, sondern legt die Notwendigkeit reichlicher Bestechungen dem Könige klar (D. N. VII, 286): „Auch Ew. Königl. Majestät in keinerlei wege zu raten stehet, alle solche Widerwilligen à force d'argent zur Raison zu bringen, alldieweil solches unsägliche Summen Geldes erfordern und absorbieren würde. So scheineth jedoch aber auch nicht wohl practicable zu sein, daß alle die motus und acclamations sollten mit bloßen Worten und guten Repräsentationen können gestillet, und die Gemüther in faveur Euer Königl. Majestät zu einem allgemeinen assensum disponieret werden, ohne daß verschiedenen andern, so ebenfals bei dem Adel accreditiert, und von pouvoir und consideration sein, nicht sollte nach dem Exempel derjenigen, mit welchen was gewisses verabredet und pacificieret worden, auch was gewisses zugesaget und gegeben werden müssen. Sintemalen viel derselben schon informieret, auf was Art und Weise man mit einigen Grandes capitulieret und eines worden: Und also durch Ihre Kontrarietät ein gleiches zu erzwingen hunderttausend Verdriesslichkeiten movieren und hervorbringen dürfte, welche, ob sie gleich Euer Königl. Majestät Grandeur und Macht nichts benehmen könnten, doch höchst unangenehm anzuhören und zu vernehmen sein, und den Ubelgesinnten und Neidern, so wohl in diesem Königreich, als außer demselben, nur viel Anlaß und Gelegenheit geben könnte, sich darüber zu divertieren und ins Fäustchen zu lachen.“

mit dem Herzen dabei zu sein, der päpstliche Nuntius in Warschau, Pignatelli.

Warum entstand nun in Polen ein so hartnäckiger Widerstand gegen die brandenburgischen Pläne? Bei vielen mochte es der gute Glaube sein, man dürfe dem „Basallen“ der Republik die Standeserhöhung nicht zubilligen; man befürchtete nicht nur eine wesentliche Stärkung des Nachbarn, sondern mehr: die Entfremdung des „Lehen“, das Aufhören der Eventualhuldigung und des Heimfallsrechtes, womöglich gar eine Vereinigung des polnischen Preußen mit Ostpreußen und damit den Beginn einer Zerstückelung Polens. Die meisten jedoch waren Gegner, weil sie keine Entschädigung erhielten. Do ut des, war ihre Politik, sie gaben nichts her, wenn sie nicht dafür bezahlt wurden. Weil andere bestochen wurden, wollten auch sie bestochen sein. Das war der Grundsatz der polnischen Sippenföderation. Nur der augenblickliche Vorteil des einzelnen galt etwas, und hätte Brandenburg jeden einzelnen bezahlen können, so wäre der Handel ein leichter gewesen. Geld war damals die polnische Logik.

Um aber ernsteren Widerstand zu leisten, dazu franckte Polen bereits allzusehr an seiner inneren Schwäche; es pflegte beim Widerspruch zu bleiben. Das wußten die brandenburgischen Diplomaten auch, daß es „aber nicht allemal groß auf der Polen Contradictiones und sogenannte Accamationes ankömmt, sondern mit denenelben es mehrenteils bei den starken Worten zu bleiben und der Effekt davon nicht allemal so gar gefährlich zu sein pflaget“^{*)}, aber um der anderen Mächte willen mußte oder wollte man jeden größeren Lärm, der von Polen ausgehen konnte, im Keim zu ersticken versuchen.

Fac et excusa, d. h. stelle die Polen vor die vollendete Tatsache und beruhige sie hintert her — so war es Friedrich III. geraten worden, und so handelte er. Der Einwilligung zahlreicher polnischer Großen gewiß, wartete er nicht erst den offiziellen Entscheid eines Reichstages ab, sondern setzte sich am 18. Januar 1701 in Königsberg die Krone aufs Haupt. In öffentlichen Briefen, den sog. Reversalien, erklärte er, er wolle die Rechte Polens unverlezt lassen und jederzeit achten⁹⁾.

Am demselben 18. Januar besaßte sich erstmalig eine offizielle polnische Körperschaft, der Senat, mit der Angelegenheit¹⁰⁾. Zur Diskussion stand die Frage: Quid agendum occade coronationis electoris Brandenburgici? Baron von Hoyerbeck, der Gesandte Friedrichs III. in Warschau, hatte Freund und Feind bearbeitet, und seine Bemühungen

^{*)} Denkschrift Jlgens von 1704, vgl. Lehmann, Preußen und die katholische Kirche, Bd. I, Nr. 418.

⁹⁾ Siehe die Anlagen.

¹⁰⁾ Einen ausführlichen Bericht über diese Sitzung (relatio senatus consilii) sendet der Nuntius Pignatelli am 26. I. 1701 nach Rom, indem er hinzufügt: . . . non fu risoluto cosa alcuna, come si dovesse preservare l'alto dominio della republica sopra la Prussia, contro il titolo di re di quella provincia assunto gia, come si è poi saputo li 18. del caduto dall' elettore di Brandenburgio. (Polonia 123.) Vgl. auch die Relationen Hoyerbecks, D. N. VI, 331—337, sowie VII, 179—181 und 240—254.

hatten Erfolg. Die meisten Senatoren verzichteten auf eine besondere Darlegung ihrer Anschauungen, schlossen sich vielmehr den Meinungen des Primas und des Bischofs von Ermeland an, die sich auf den Boden der vollzogenen Tatsache stellten und einzig die Rechte der Republik gewahrt wissen wollten¹¹). Als Wortführer der Gegner, unter denen sich auch der Bischof von Kujawien, der litauische Unterfeldherr Sluzka, der Krongroßmarschall Fürst Lubomirski befanden, widersprach am 19. Januar sehr heftig der Unterkanzler von Litauen, Szczuka. Wie bei allen Gegnern, so waren es auch bei Szczuka Gründe persönlicher Art, die seine Stellungnahme erklären. Er glaubte ein Recht auf zwei Dörfer bei Johannisburg, Rogallen und Schollen, zu besitzen und war voll „Unmut und chagrin“, daß man ihn trotz einer Zusage des Kurfürsten über ein Jahr lang mit seinen Ansprüchen hingehalten habe. Zwar hatte Hoverbeck ihm am 12. Januar ein Reskript Friedrichs mitgeteilt, das Szczukas Ansprüche befriedigte; doch dieser bedauerte, von seiner Gegnerschaft gegangen sei, doch versprach er, im Senat mit Mäßigung von der Angelegenheit der Krönung sprechen zu wollen¹²). Freilich hielt er sich an dieses Versprechen nicht, vielleicht um seinen Ansprüchen mehr Nachdruck zu geben und Friedrich von der Wichtigkeit seiner Person zu überzeugen, vielleicht auch weil er von König August gewonnen sein mochte, dem ein gewisser Widerspruch der polnischen Magnaten

¹¹) Hoverbeck berichtet (D. A. VII, 179), man habe „votieret, daß es mit dem vorgehabten Krönungs-Acte nun wohl schon eine geschehene Sache sein würde, die durch das Konsultieren nicht mehr gehemmt, viel weniger hintertrieben werden könnte: also nur dahin zu sehen sei, wie der Indemnität der Republik und daß sie in ihren Rechten nicht gekränkt werden möge, zu prospizieren“.

¹²) Hoverbeck berichtet (D. A. VI, 333 f.) über diesen Besuch: „Und weil eben zu der Zeit Euer Königl. Majestät gnädigstes Reskript vom 12. dieses auch eingelaufen, so habe ich nicht einen Moment verabsäumt, mich bei dem litauischen Unterkanzler dessen, so darinnen in faveur seiner enthalten, zu prävalieren, und ihm die Versicherung zu geben, daß er nunmehr den wirklichen possess der längst verlangten Dörfer, so bald als es ihm selbst gefällig, und er jemanden zur Übernehmung derselben ernennen und abschicken würde, erhalten könnte. Aber wenig oder nichts bei ihm richten können, so daß mich damit contentieren müssen, daß er bezeigt, von Herzen zu bedauern, daß da er aus Unmut und chagrin, daß er fast ganzer zwei Jahre lang, nur mit Hoffnung abgespeißet worden, und seinen Zweck nicht erreichen mögen, und daraus geschlossen, daß Euer Königl. Majestät seiner nicht groß achten, noch nötig haben, nun andere mesures gefasset, und sich in eine gewisse Kabale schon so weit eingelassen, daß nicht wohl mehr zu rezedieren. Daß er ein vieles darum geben wollte, daß er vor vier Wochen dergleichen positive Versicherung solcher hohen Gnade gehabt hätte: So würde er sich nimmer mit andere embarguieret haben; nun aber ein mehreres nicht tun könnte, als daß er in allem dem so wider Euer Königl. Majestät angenommene Dignität zu sprechen, er allen Respekts und Moderation gebrauchen wollte. Ich habe ihm desfalls gedanket, und über zwei Stunden lang ihn mit soliden Raifons, und guten Repräsentationen noch weiter zu engagieren getrachtet, aber ein mehreres, als jetzt untertänigst erwähnt, nicht erzwingen können.“

gegen Brandenburg nicht unlieb war — denn erst so konnte er Friedrich die Größe des gebrachten Opfers am besten klarlegen. Szczyka also beklagte bitter das Unrecht, das der Republik durch den Ehrgeiz des Kurfürsten angetan sei. Es wäre unter der Würde des Staates, zum brandenburgischen Residenten (Hoyerbeck) zu senden und ihn, wie Zaluski gewollt, über die Gründe der Krönung und die Sicherheit der Republik zu befragen. Gründe werde man schon anführen können, wie aber wolle man Genugthuung geben? Die Wehlauer Pakte seien verletzt. Wenn die Krönung so harmlos sei, warum habe sie denn nicht der Vater des Kurfürsten, der zuerst die Souveränität in Preußen besaß, oder Friedrich III. selbst bereits früher als jetzt begehrt? Warum gründe der Kurfürst sein Königtum nicht auf Brandenburg, Magdeburg oder ein anderes seiner Länder? Der Kurfürst dürfe nicht als König anerkannt werden, auch nicht von August, denn dieser habe die *pacta conventa*, die ihn zur Fürsorge für die Republik verpflichteten, nicht nur als König von Polen, sondern auch als Kurfürst von Sachsen und ebenso als Mensch beschworen; so dürfe er auch keinen Gesandten zur Beglückwünschung Friedrichs abordnen.

Es nützte nichts; die Majorität der Senatoren war gewonnen, und so war in dem Konklusum vom 22. Januar nur die Rede davon, daß der König diesen Punkt auf die Instruktionen für den nächsten Reichstag setzen solle, damit er für die Sicherheit der Republik und die Geltung ihrer Rechte Sorge tragen könne: *Ad coronationem serenissimi electoris Brandenburgici, ne ullum exinde in rempublicam redundet detrimentum, inter prima instructionis suae puncta pro futuris Deo dante comitiis inserendam sua regia maiestas dominus noster clementissimus iniunget, quatenus respublica in unum compagem congregata solida media securitas et indemnitas iurium suorum, quam optime sibi providere possit.*

Zimmerhin war Hoyerbeck hierüber doch peinlich berührt. Er schreibt¹³⁾, vielleicht sei Szczyka, der beim polnischen Könige „in großer Gnade und Konfidenz stehet“, vom Hofe zu seiner Rede bestimmt worden, wie denn auch des Königs Verhalten selbst zweideutig sei¹⁴⁾; trotz Hoyerbecks Bitten gehe August einer Audienz aus dem Wege und habe auch die von Friedrich ausgestellten eigenhändigen Reversalbriefe nicht zur öffentlichen Verlesung bringen lassen. Hoyerbeck hat deshalb die Reversalien der Öffentlichkeit übergeben, damit die Furcht schwinde, es könne durch die neue Würde Friedrichs irgend ein Recht der Republik verletzt werden.

Am 23. Januar berichtet Hoyerbeck, daß es nötig sein werde, möglichst schnell durch einen Sondergesandten, nämlich den Ober-

¹³⁾ D. N. VII, 180 f.

¹⁴⁾ Der brandenburgische Gesandte in Wien, Bartholdi, verzeichnet in seiner Relation vom 29. I. ebenfalls Gerüchte (die auf Meldungen des kaiserlichen Gesandten in Warschau, Grafen Stratmann, beruhen), als habe König August mit der Preußen feindlichen Partei verhandelt und wolle Schwierigkeiten machen. (D. N. VIII, 183.)

hofmarschall Grafen von Wallenroth, König August von der erfolgten Krönung feierlich benachrichtigen zu lassen; nur dann sei auch die vereinbarte Absendung eines polnischen Gesandten, des Kron-Oberstleutnants Lowianski, zur Beglückwünschung Friedrichs zu erwarten. Auch der Kardinal Primas habe Hoyerbeck wissen lassen, daß man „auf den Brief nur wieder mit einem Brief antworten wird“¹⁵⁾. Am 25. I. meldet Hoyerbeck, er habe die Schreiben Friedrichs, in denen dieser seine neue Dignität den polnischen Magnaten mitteilt, noch nicht versenden lassen, da die Anerkennung der Magnaten doch nicht eher erfolgen werde, als bis der König sie ausgesprochen habe. Auch empfiehlt er, den Kardinal nicht mit dem Prädikat „eminentissime“ anzureden, weil man sich durch diesen allzuschmeichelhaften Titel etwas vergeben könne; doch rät er, den einflussreichen Prälaten durch ein „apartés Formular des an ihn ergehenden Notifikations-Schreibens vor den anderen Senatoren zu distingüieren“ und ihm die Anrede „cousin“ — die Frankreich auch wählt — oder „amice et consobrinus“ zu gewähren. Desgleichen schlägt er für die Bischöfe eine etwas geringere Anrede als die bisher gebrauchte vor und übersendet das polnische Titularbuch.

Zunächst klärte sich die Sachlage nicht völlig. König August, der nach den früheren Abmachungen gar nicht anders konnte als seinen Gesandten zur Anerkennung und Beglückwünschung abzuordnen, zögerte trotzdem noch. Immerhin scheinen die Freunde der preussischen Sache den König zum Handeln gedrängt zu haben; jedenfalls trägt das Anerkennungs-Schreiben Augusts bereits das Datum des 28. Januar. Auch stellte damals König Friedrich seinem Gesandten reichliche Geldmittel zu „Geschenken“ an die polnischen Großen zur Verfügung; viel wurde gegeben, mehr noch versprochen. Auch wurden durch einen neuen Erlaß (vom 24. I.) Szezuka nochmals die strittigen Dörfer zugeprochen¹⁶⁾.

Am 2. Februar traf der von Hoyerbeck so sehnsüchtig erwartete preussische Sondergesandte, Graf von Wallenroth, in Warschau ein, begleitet von zahlreichen Kammerjüngern, Hospagen, Lakaien, 100 Reitern vom Regiment Schluppenbach und 30 Garde du Corps zu Pferde. Indessen kam man immer noch nicht zum Ziele. Der polnische Hof war — scheinbar — so mit Vergnügungen beschäftigt, daß weder Wallenroth Audienz erhalten, noch Lowianski abreisen konnte¹⁷⁾. Sicherlich spielte hierbei polnisches Ubelwollen eine Rolle. Zu seiner Bekämpfung waren Männer aus den verschiedensten Lagern tätig, so der russische Gesandte Patkul, der Generalleutnant Graf Fleming, der Woiwode von Marienburg Przebendowski (Prebentau) und nicht

¹⁵⁾ D. A. VII, 255.

¹⁶⁾ D. A. VII, 260 und 261. — Dem Kardinal wurden allein 30 000 Taler, seiner Mätresse 10 000 Taler versprochen. Andere Magnaten sollten noch mehr erhalten.

¹⁷⁾ D. A. IX, 71—72.

zuletzt Augusts Beichtvater P. Bota ¹⁸⁾; endlich natürlich auch, soweit als ihm dies möglich war, Hoverbeck selbst ¹⁹⁾. Aber alles ging langsam. War es schon peinlich genug, daß man der Karnevalskomödien und Maskeraden halber Wallenroth nicht vorlieb, so war es geradezu beleidigend, daß man die Audienz zwar mehrmals festsetzte, dann aber wieder abjagen ließ ²⁰⁾, wodurch auch Towianskis Reise sich ständig verzögern mußte.

Endlich — am Nachmittag des 13. Februar — wurde Wallenroth zur feierlichen Audienz abgeholt. Die polnischen Hofbeamten freilich, die mit diesem Erfolge Preußens unzufrieden waren, glaubten wenigstens noch demonstrieren zu müssen und verließen Warschau, so daß der sächsische Oberkammerherr von Pilgus sie in den Zeremonien vertreten mußte ²¹⁾. Bei der Audienz war König August derartig freundlich, daß der Gesandte „nicht anders als desjelben aufrichtige Affektion“ gegen Friedrich festzustellen meinte; weiter berichtet Wallenroth ²²⁾, daß August „mit Vergnügen und Freude Ev. Königl. Majestät Krönung vernommen hätte, wozu er gratulierte. Er würde dasjenige, so er versprochen, wohl halten und wünschte nur, daß Ev. Königl. Majestät der Rekoqnition halber nicht mehrere Schwierigkeit bei der Republik als auf seiner Seite finden möge“. Vom 14. Februar datiert dann das Antwortschreiben König Augusts auf die von Wallenroth überbrachte Notifikation ²³⁾.

Noch am Tage der Audienz teilt P. Bota dem König Friedrich triumphierend die eben erfolgte Abreise Towianskis mit ²⁴⁾, und am

¹⁸⁾ Vgl. die Briefe Botas an König Friedrich in D. N. IX. So schreibt er, es sei lächerlich, wenn die Republik eine Souveränität über Preußen zu besitzen vorgäbe nur deshalb, weil sie eines Tages vielleicht einmal eine solche erlangen könnte. (D. N. IX, 63 f.)

¹⁹⁾ D. N. IX, 72. Wallenroth berichtet am 8. II. dem König Friedrich die Verzögerung der erbetenen Audienz; besonders die Preußen polnischen Anteils seien bemüht, den Kardinal-Primas zu gewinnen und die Absendung Towianskis zu verhindern. Hoverbeck tue sein Möglichstes, die Sache in Gang zu bringen.

²⁰⁾ D. N. IX, 71 f. und 193 f.

²¹⁾ Polonia 123, Bericht Siquatellis nach Rom vom 16. II. 1701: Lo scritto inviato straordinario di Brandemburgo come rè di Prussia, hebbe poi in quella qualità l'udienza dal rè domenica passata, ma perche persistono i Polacchi nel non volere riconoscerlo, il gran cameriero del regno, a cui spetta d'introdurre simili personaggi avanti di Sua Maestà, ed in di lui assenza, qualche altro cavaliere Polacco, graduato secondo l'ordine delle cariche di corte, egli come tutti gli altri, à quali poteva competere tal funzione, se ne uscirono di Varsavia sotto diversi pretesti, sicche convenne à monsignor Fluck, ciambellano di Sassonia, di supplire alle veci del gran cameriero. Wenn übrigens der kaiserliche Gesandte in Warschau, Graf von Stratmann, diese merkwürdige Tatsache nach Wien berichtet, so berichtet er die Wahrheit und hat sich nicht, wie Bartholdi meint, „durch das Geschrei einiger vielleicht von Wein angefeuerten Polen irre machen lassen“. (D. N. X, 205.) Vgl. auch Waddington, S. 318.

²²⁾ D. N. IX, 191 f. Bericht an den König vom 13. II. 1701.

²³⁾ D. N. IX, 215 f. Vgl. die Anlagen.

²⁴⁾ D. N. IX, 200.

17. Februar langt der polnische Oberchenk in Königsberg an, festlich empfangen, prächtig gefeiert und reich beschenkt²⁵⁾.

Towianskis Mission und Stellung war eine zwiefache, denn er war nicht nur Gesandter des Königs, sondern auch Vertrauter des Primas. So mußte er diesen beiden auseinanderstrebenden Parteien dienen, von beiden trug er Briefe mit sich²⁶⁾, und er sollte für die Interessen König Augusts als auch für die der Republik wirken, die doch damals einander so entgegengesetzt waren²⁷⁾.

In seiner Audienz überreichte Towianski das Glückwunschsreiben Augusts²⁸⁾. Seine gleichzeitigen Bemühungen, gegen König August und für den Primas und die Republik zu wirken und Friedrich zu bestimmen, den sächsischen Truppen den Durchzug durch seine Lande nach Polen zu weigern, hatten wenig Erfolg: man antwortete ihm ausweichend²⁹⁾. Nur empfing er neue Reversalbriefe³⁰⁾, von denen man sich eine gute Wirkung auf die polnische Stimmung versprach, und die ebenso wie die alten vom 8. Januar 1700 eifrig verbreitet wurden³¹⁾. Zu weiteren offiziellen Kundgebungen, wie sie u. a. von dem Großschatzmeister Dzialinski verlangt wurden, ließ sich Friedrich nicht herbei³²⁾.

Nachdem so August und der Primas mit der Anerkennung des neuen Königs vorangegangen waren, folgten bald auch zahlreiche Magnaten, wie die Sapieha, Leszczynski u. v. a., ferner Städte wie Danzig usw. Auch sonst weigerte man sich in Polen nicht mehr, in Briefen an Friedrich fortan dessen königlichen Titel anzuwenden³³⁾. Als Friedrich noch in Königsberg weilte, erschienen auch der Bischof Zaluski und P. Wota daselbst, um ihn zu beglückwünschen³⁴⁾.

²⁵⁾ Polonia 123, Bericht Bignatellis nach Rom vom 9. III. 1701: Al nepote del signor cardinale Primate, che fu nè di passati inviato all' elettore di Branoemburgo hà quel principe fatto un regalo di un diamante creduto del valore di 18. mila talleri, ed alli gentiluomini di suo seguito a chi cento, a chi duecento Ungkeri. Vgl. auch Theatrum Europaeum XVI, 124 und Waddington 317.

²⁶⁾ Das Schreiben des Kardinals an den König siehe D. N. IX, 137, die Antwort Friedrichs D. N. X, 60.

²⁷⁾ Das hat auch Waddington richtig erkannt, vgl. S. 317. Doch übertreibt er ein wenig, wenn er schreibt: La république pouvait défaire tout ce que faisait le roi. Zu einem einstimmigen positiven Beschluß gegen die preußische Königswürde wäre es im polnischen Reichstage wohl nie gekommen; dazu war der preußische Einfluß in Polen zu stark, und man fand schlimmstenfalls schon die Mittel, einen solchen Reichstag zerreißen und dadurch seine Beschlüsse ungültig machen zu lassen.

²⁸⁾ Siehe die Anlagen. Die Ansprachen Towianskis an den König, die Königin und den Kronprinzen siehe D. N. X, 28.

²⁹⁾ D. N. X, 37 f. Waddington S. 317 f.

³⁰⁾ D. N. X, 43 f.

³¹⁾ Polonia 123, 16. II. 1701.

³²⁾ D. N. X, 163 f.

³³⁾ Die betreffenden Schreiben siehe zumeist D. N. IX.

³⁴⁾ Vgl. Zeitschrift für die Geschichte Ermelands II.

Friedrich begnügte sich indessen mit der Tätigkeit seiner diplomatischen Freunde sowie seiner Gesandten nicht; auch seine Agenten waren unablässig in Polen für ihn tätig; von Pehnen besuchte im Januar Großpolen³⁵⁾, der Major von Ciejielski im Februar Polnisch-Preußen. Ciejielskis Aufgabe war es u. a., auf dem Landtage zu Graudenz in Friedrichs Sinne zu wirken. Man habe in Polen, so heißt es in der ausführlichen Instruktion vom 15. Februar für Ciejielski³⁶⁾, „ganz ungleiche und widrige Opinionen von Unserer allhier ohnlängst angenommenen königlichen Dignität“, und der Major solle sich in aller Eile nach Graudenz begeben, um den dort versammelten Ständen „eine bessere Opinion von diesem Werk beizubringen, jedoch soll Er eben Sich nicht merken lassen, daß Er expreß dieser Sache halber abgeschickt sei, sondern Er hat sich zu stellen, als ob Er sich nur seiner Partikulier-Affären halber allda anjunden und sonst zu verrichten hätte.“ Um die Strupeln der Polen zu beruhigen, erhält er die Reversalien von 1700 und die neuen von 1701³⁷⁾ mit auf den Weg, um sie möglichst bekannt zu machen. Er soll alle Einwände polnischerseits widerlegen. Die königliche Dignität sei ein bloßer Titel: die alten Verträge würden unverbrüchlich gehalten werden. Der König erstrebe keinerlei Recht oder Botmäßigkeit über das polnische Preußen, und es sei nichts „Unförmliches, daß in Preußen zwei Könige, der polnische und Wir, zugleich regieren“. Das Devolutionsrecht bleibe Polen gewahrt, „daß nämlich auf dem Fall, da das Brandenburgische Haus nach Gottes Willen dermaleinst aussterben würde, die hiesigen Lande gar an Polen verfallen sollten.“ Die Polen sollten es also „um bloßer Namen und Titel halber zu keiner Unruhe und Weiterung kommen lassen, weil man dabei sowohl im polnischen Preußen als allhier keine Seide spinnen, sondern das arme unschuldige Land und dessen Einwohner dadurch bald in den äußersten Ruin gesetzt werden würden.“ Nur dem alten Parteigänger Friedrichs, dem Marienburger Woiwoden Przebendowski, soll Ciejielski sich offenbaren, ihm einen Gruß vom König überbringen und ihn der königlichen Affektion aufs beste versichern. Ebenso solle er dem Oberhauptmann zu Lauenburg und Bütow, von Jaskow, die Instruktion mitteilen, falls dieser nach Graudenz käme. Eine in polnischer Sprache zu druckende Schrift soll Ciejielski unter der Hand zu vertreiben suchen.

Auch von Jaskow erhielt am 15. II. den Auftrag, sich unverzüglich nach Graudenz zu begeben³⁸⁾. Dort lagen nach einem Bericht an den Generalleutnant Groeben die Dinge für Friedrich nicht schlecht, denn auch „die kleinen Jagdhunde, so von solchen hohen Dingen schlechten Verstand haben, zuweilen hie und da sich hören lassen.“ Bereits am 20. II. mußte Ciejielski melden, daß schon am 18. Februar der Landtag — wie es heißt, wegen Steuerstreitigkeiten — zerrissen sei, ohne daß bis dahin Friedrichs Angelegenheit berührt worden sei.

³⁵⁾ D. N. VIII, 280.

³⁶⁾ D. N. IX, 231 f. und 239 f.

³⁷⁾ Vgl. die Anlagen.

³⁸⁾ D. N. IX, 254.

Indessen ging in Graudenz doch ein Gerücht herum, der Landtag sei „mehr in favorem Ihrer Königlichen Majestät“ zerrissen worden³⁹⁾.

Auf dem großpolnischen Landtage zu Schroda kam es, wie der Primas rühmt, infolge des Einflusses des Posener Palatins Leszczyński, zu keiner Diskussion über die preussischen Angelegenheiten⁴⁰⁾; hingegen wurde ein Protest gegen die Krönung auf dem Marienburger Grodgericht eingetragen⁴¹⁾.

Gleichzeitig schwirrten beunruhigende Gerüchte umher; so z. B., daß sächsische Truppen durch die preussischen Lande im Anmarsch gegen Polen wären⁴²⁾, oder daß Friedrich gegen einen Teil des polnischen Preußen den Saalkreis an August abgetreten hätte⁴³⁾.

Auch ein Federkrieg war im vollen Gange. Broschüren wurden von beiden Parteien veröffentlicht. Ausführlich setzt sich mit den polnischen Bedenken eine Druckschrift: „Bestand der Würde und Krone des Königreichs Preußen“ auseinander⁴⁴⁾, in der die alten beruhigenden Versicherungen Polen gegenüber von neuem abgegeben werden, unter scharfer Betonung der vollen Souveränität Friedrichs und des Rechtes Augusts II., als König anerkennen zu dürfen, wen er wolle. Mehr Aufsehen erregte ein Protest gegen das „Attentat“ der preussischen Krönung, der von Paris ausging, und zwar von dem dort erst seit einiger Zeit anwesenden jungen Fürsten Radziwiłł⁴⁵⁾. Da Radziwiłł kurz vor Erscheinen seiner Schrift eine Geheimaudienz beim französischen König gehabt hatte, wurde die Vermutung laut, es habe das Friedrich feindlich gesinnte Frankreich selber den litauischen Magnaten zu seinem Schritt veranlaßt.

Ende März kam die plötzliche Nachricht, August habe den polnischen Reichstag zum Mai berufen. Man hatte in Preußen begründeten Anlaß zu der Hoffnung, der Reichstag werde erst spät im Jahre stattfinden, nachdem die polnischen Gemüter sich einigermaßen beruhigt hatten. Jedoch hatte August sich über eine derartige Rücksichtnahme hinweggesetzt, ja, in den Einberufungsbriefen glaubte er — wohl um seinen auffässigen Polen in diesem Punkte entgegenzukommen — sich verblümt gegen Friedrich wenden zu müssen⁴⁶⁾.

³⁹⁾ D. N. X, 33. Indessen bestätigt Jankow, daß der Landtag nur der Steuern wegen zerrissen sei, versichert jedoch, daß er selbst ihn hätte reifen lassen, falls er etwas gegen Friedrich beschlossen hätte. Gleichzeitig wendet er sich gegen die Sendung Ciesielski's; er selber getraue sich bei seinen Beziehungen in Preußen mehr auszurichten als irgend ein anderer.

⁴⁰⁾ D. N. X, 63.

⁴¹⁾ D. N. X, 94.

⁴²⁾ D. N. X, 234.

⁴³⁾ D. N. X, 67.

⁴⁴⁾ D. N. X, 389.

⁴⁵⁾ Vgl. Waddington S. 319 f. sowie D. N. 113 f., 176 f. und 332 f.

⁴⁶⁾ Der Text sei aus der vom 17. III. 1701 datierten *Circularis instructio* nach Polonia 123, Anlage zum 6. April, hier wiedergegeben: *Cum eodem Serenissimo electore Brandenburgico recentissime nova intercedit occasio, quando se in Prussia declaravit et coronavit regem. Sicut ergo novam istam differentiam iam per senatus consilium antecomitiale sacra regia Maiestas ad comitia remisit ita ad praesens*

Wieder galt es jetzt, zunächst auf den Landtagen, die am 18. April beginnen sollten, Friedrichs Interessen zu wahren. Um Szczuka verständlich zu stimmen, sollten ihm — so schlug Werner vor⁴⁷⁾, endlich die Diplome für den Empfang der beiden Dörfer ausgehändigt werden. Eifrig war mit Rat und Tat der Bischof Żaluzki am Werke. Er sandte zu Werner⁴⁸⁾ nach Königsberg einen Vertrauten und ließ vor Frankreich und dessen Gesandten warnen; von diesem sei die schnelle Einberufung des Reichstages ausgegangen, damit König Friedrich keine Zeit bleibe, in Polen für sich agitieren zu lassen. Frankreich wolle Preußen in Polen Schwierigkeiten machen, um ungehindert in Cleve einfallen zu können. „Was den Reichstag und die Landtage betrifft, zielt der Bischof dahin, daß, weil es unmöglich wegen Enge der Zeit in den entlegenen Woiwodschaften etwas negotiieren lassen zu können, so müßte doch in Großpolen und absonderlich in Preußen ein wachsameres Auge gehalten werden, und wäre notwendig dahin bedacht zu sein, daß auf den Partikulier-Landtagen in Preußen einige Subjekte gewonnen würden, die, sobald etwas wider Ew. Königl. Majestät machiniret werden sollte, selbige rissen, damit es nicht zum General-landtage in Marienburg komme, maßen wenn die Partikulier-Landtage in Meve, Straßburg bestehen und der Generallandtag in Marienburg gleich gerissen würde, dennoch von jenem Deputierte auf den Reichstag kämen und viel Schlimmes verursachen könnten. Zu solchem Ende schlägt er den Obristen Strehm vor, welcher wegen seiner guten Bekanntschaft unter dem polnisch-preußischen Adel unvermerkt unter der Hand mit etlichen hundert Talern viel stiften könnte, und er, der Bischof, würde auch nicht ermangeln, seine Kreaturen allda zu haben.“

Auf die beginnenden Landtage wurden nunmehr diejenigen Agenten Friedrichs gesandt, die in Folge ihrer Beziehungen zu polnischen bezw. preußischen Edelleuten von Einfluß waren. In sämtlichen Instruktionen wurde empfohlen, die Landtage reißen zu lassen⁴⁹⁾. Bestechung im großen und kleinen ward als Mittel zum Zweck gutgeheißen. Dem Oberst Strehm wurde freigegeben, „um etwas Gutes zu effectuieren, daß er auf benötigten Fall etliche hundert Taler anwenden könnte, doch dergestalt, daß man vorher den wirklichen Dienst und Nutzen derjenigen, so was empfangen sollten, sehen müßte“⁵⁰⁾.

In Polnisch-Preußen ging auch alles nach Wunsch. Żaluzki und seine Freunde ließen verschiedene Landtage reißen, so daß schließlich

omnibus ordinibus defert, ut ad casum hunc prompta et expedita suppeditari valeant consilia. In D. A. XII, 63 (und ihnen folgend Waddington S. 319) wird der Ausdruck „nova differentia“ zu stark als „diese neuen Intrigen“ überseht. Friedrich schrieb später in der Angelegenheit an August (vgl. D. A. XII, 178 f.), und dieser hat sich dann auch entschuldigend lassen. Siehe Waddington S. 323.

47) D. A. XI, 332 f.

48) Vgl. Werners Bericht D. A. XI, 338 f.

49) Instruktion für Żakow D. A. XII, 142; für Strehm D. A. XII, 143.

50) Bericht Werners an den König vom 15. April 1701, D. A. XII, 225.



der Generallandtag zu Marienburg nicht stattfinden konnte⁵¹). Weniger günstig verliefen die Adelsversammlungen im übrigen Polen. In Krakau und Sandomir wurde beschlossen, gegen die Krönung Friedrichs zu protestieren und zu verlangen, daß die Kanzleien Polens und Litauens in ihren Briefen Friedrich den Königstitel verweigern sollten⁵²). In Posen wurde erklärt, die Krönung Friedrichs, der ein Vasall und Feudator Polens sei, gereiche der Republik zum Schaden; man dürfe Friedrich weder als König anreden, noch von seinen Gesandten Schriftstücke entgegennehmen, die sub titulo regis angefertigt seien⁵³). In Schroda war Jaskow tätig, doch konnte er nichts ausrichten. Er berichtet⁵⁴), der Adel habe — bis auf die Evangelischen — tumultuarisch gegen Friedrich getobt und verlangt, Polen solle mit Schweden Frieden machen und Preußen den Krieg erklären; Jaskow solle sich aus dem Lande ziehen, weil er ein Spion sei und viel Korruption ins Land gebracht habe; es wurde gedroht, ihn zu überfallen und zu massakrieren — „welches ich mir aber nichts anfechten ließ“⁵⁵). Nur schwer beruhigten sich endlich die Gemüter, indessen schwur der Adel jedem den Tod, der den Landtag zerreißten würde, und so ließ sich niemand zu diesem Zweck fassen. Auch sonst war es Jaskow unmöglich, den Landtag zu stören oder zu verschleppen⁵⁶).

Gleichzeitig war ein lebhafter Federkrieg im Gange. Unangenehmes Aussehen machte besonders der Protest des Fürsten Radziwill, der gedruckt in Polen kursierte. Hoyerbeck versprach zu versuchen, die Eintragung des Protests bei einem Grodgericht zu verhindern⁵⁷); zugleich wurde erwogen, ob nicht eine gedruckte Widerlegung angebracht sei. Aber Hoyerbeck⁵⁸) sowohl, dem der Primas abriet, als auch Werner⁵⁹) machten auf das Bedenkliche eines solchen Schrittes aufmerksam. Der Protest Radziwills, schreibt Werner, sei „mehr Auslachen und einer Kommissuration als Widerlegung würdig, und kommt mir selbige ebenso vor als die Protestation, die der ehemalige päpstliche Nuntius zu Warschau wider die Türken tat, als sie Cameniec erobert hatten.“ In Polen würde man darüber, daß der junge Fürst den Sprecher gemacht habe, sich höchstens „mofieren“ und ihn „en enfant“ ansehen. Man solle daher „per contemptum“, aber nicht durch Widerlegung dem Protest begegnen, um nicht in einen Broschürenstreit zu geraten. Der literarische Streit werde von

⁵¹) Bericht Werners D. N. XIII, 100 f., Groebens ebd. 123, Werners ebd. 406 f.

⁵²) D. N. XII, 227 f., 246, 565.

⁵³) D. N. XIII, 148.

⁵⁴) D. N. XIII, 210.

⁵⁵) Waddington 322 glaubt irrtümlich, daß Jaskow zur Flucht gezwungen worden sei.

⁵⁶) Gleichzeitig reicht Jaskow seine Rechnung ein: Zehrungsgelder vom 11. April bis 11. Mai, für den Tag 10 Taler = 300 Taler; Quartier für seine Agenten in Schroda 20 Taler; Bestechungsgelder 112½ Taler; zusammen 432½ Taler.

⁵⁷) D. N. XII, 240 f.

⁵⁸) D. N. XIII, 288 f.

⁵⁹) D. N. XII, 225 f.

Polen aus allzu maßlos geführt, wie man das jetzt bereits sehen könne. Damals hatte die vom Grafen Dohna inspirierte, Radziwill bekämpfende und den brandenburgischen Standpunkt scharf vertretende Schrift: „*Epistula cuiusdam aulici ad fidum amicum*“ eine polnische Antwort: „*Responsum fidi patriae amici ad epistulam cuiusdam aulici*“ herausgefordert ⁶⁰). Aufsehen erregte außerdem ein Pamphlet gegen die preussische Königskrönung, da es unter dem Namen Żaluskis ging, wogegen sich dieser Werner gegenüber energisch wehrte: er wolle versuchen, den Autor ausfindig zu machen, aber es sei ja bekannt, „daß in Polen ein jeder die Feder frei führe, und würde der Jupiter schwerlich Donnerkeile genug haben, wenn er alle unnützen Skribenten abstrafen wollte“ ⁶¹).

Der Reichstag rückte heran. Die Versuche, in letzter Stunde noch Szczyka zu gewinnen, scheiterten ⁶²), doch schien augenblicklich die Wichtigkeit dieses Mannes nicht mehr von allzugroßer Bedeutung, da sein Einfluß bei König August erschüttert war, seitdem dieser eingesehen hatte, daß Szczyka sein Versprechen, die Republik für den schwedischen Krieg willfährig zu machen, nicht wahr machen konnte; Przebendowski kam am polnischen Hofe wieder mehr ans Ruder ⁶³). Auch der Kardinal Primas riet ab, sich allzusehr um Szczyka zu kümmern oder ihn durch Bestechung zu gewinnen, da er unzuverlässig sei; er, der Primas selber, wolle versuchen, ihn zu gewinnen ⁶⁴).

Hoverbeck selbst verließ auf den dringenden Rat des Kardinals für die Dauer des Reichstages Warschau ⁶⁵). Er ging auf seine Güter, angeblich in Privatangelegenheiten, und legte in seiner Abschiedsaudienz König August die Sache Friedrichs warm ans Herz ⁶⁶). Dagegen waren die preussischen Agenten, Generalleutnant v. d. Groeben, General Laube und Oberst Strehm, sowie die Korrespondenten Hoverbeck's, Dr. Weiß und Graf Mariani, in Warschau tätig. Von den Freunden Friedrichs befanden sich der Kardinal, Żaluskis, Przebendowski, Leszczyński, Lubomirski, Jabłonowski, Działinski u. v. a. auf dem Reichstage; Działinski hatte sogar 100 Faß Ungarwein bestellt, um in Warschau, „wohin er mit großem Komitat kommen will, sich durch gut Leben einen desto größern Anhang zu machen“ ⁶⁷).

⁶⁰) Polonia 123, Anlage zum 13. IV. 1701; D. N. XIII, 274 f.: „Eines getreuen Patrioten Antwort.“ Ferner D. N. XVI, 214, 219. Vgl. auch ebd. 227 und 230 f.

⁶¹) D. N. XIII, 406 f. — Übrigens ging das Gerücht, daß Radziwill nur von Frankreich zu seinem Protest angestiftet sei, diesen aber selbst bereits bereue. D. N. XII, 384 f.

⁶²) D. N. XII, 384 f.

⁶³) Bericht Groeben's, D. N. XIII, 238.

⁶⁴) D. N. XIV, 67 f.

⁶⁵) D. N. XIV, 67 f.

⁶⁶) D. N. XIV, 107 f.

⁶⁷) Bericht Groeben's, D. N. XIII, 102. Waddington S. 232 verlegt irrtümlich diese Absicht Działinskis auf den Landtag zu Schroda.

Am 30. Mai begann der Reichstag, und sofort „haben die Landboten ihre Rage über . . . den Baron von Hoberbeck ansgegossen und begehrt, daß derselbe als ein Feind des Vaterlands aus dem Lande geschafft und das Wappen an dem Palais, worin er logiert, abgerissen werden sollte“⁶⁸⁾. In der Tat gingen die Wogen sehr hoch (tumultuarie); zahlreiche Nuntien sprachen zur Sache. Ihre Forderungen waren folgende: Hoberbeck sei aus Polen zu relegieren; sein Palais dürfe nur das kurfürstliche, nicht das königliche Wappen tragen; König August solle den Titel dux bezw. rex totius Prussiae annehmen; der Primas mit dem Ministerium oder die ganze Republik solle gegen die Krönung protestieren, diejenigen, die in Königsberg Friedrich gratuliert haben (sc. Towianski), sollen vor Gericht gestellt werden: Brandenburg müsse der Krieg erklärt werden. Hoberbeck wurde mit Schmeichelnamen wie instrumentum mali, pestis reipublicae inficiens u. a. belegt, Friedrich als Basal! Polens bezeichnet. Ein Landbote erinnerte daran, daß einst die Brandenburger vor den polnischen Königen kniend den Vehnseid schwören mußten, und gedachte der vielen Ubergüsse Brandenburgs gegen Polen (Oberst Stafflein, Elbing). Indessen waren die guten Freunde Friedrichs auch nicht müßig; sie ließen die Gegner reden, wandten sich nur zuweilen gegen deren Maslosigkeit und verhinderten einen Widerspruch totius reipublicae; was sie aber nicht verhindern konnten, war der Protest, den die Nuntien von Sandomir offiziell gegen die Krönung Friedrichs einlegten⁶⁹⁾. So peinlich dies auch sein mochte, so riet Hoberbeck doch wiederholt, nichts dagegen zu tun; auch der Kardinal habe den nur von einer Woiwodschast ausgehenden Protest als belanglos hingestellt. Dieser werde ohne weitere Wirkung sein, daher sei es nur richtig, ihn zu ignorieren⁷⁰⁾.

Ein gewisses Aufsehen in der Welt machten die Vorgänge an dem Warschauer Reichstage doch. In den damals erscheinenden Zeitungen⁷¹⁾ war zu lesen, daß Hoberbeck aus Warschau gelohet sei, weil ihm gedroht worden war, daß er in Stücke gehauen würde; daß das königliche Wappen an seinem Palaß abgerissen worden sei; ferner, daß er sich an der Spitze von 3000 Mann nach Warschau begeben habe, um die Republik zu fragen, ob sie Friedrich als König anerkennen wolle, und ihr im Weigerungsfalle den Krieg zu erklären. Erst spätere Zeitungen dementierten diese Meldungen.

⁶⁸⁾ Bericht Rubachs aus Danzig, 8. Juni 1701, D. N. XIV, 93 f. Der Bericht-erstatter charakterisiert die Polen ganz richtig; sie machen viel Geschrei und sind dann befriedigt, ihr Zorn legt sich, zu Taten kommt es nicht.

⁶⁹⁾ Den Protest siehe D. N. XIV, 398 f. Über den Reichstag vgl. das Diarium D. N. XIV, sowie die Berichte Hoberbecks vom 5. Juli (D. N. XIV, 395) und Groebens (D. N. XV, 142 f.). Dieser gibt u. a. den Rat, daß Friedrich an die Woiwoden schreiben solle, um so die Vornehmsten zu gewinnen. An die Landtage zu schreiben, widerrät Groeben. Man solle Mariani, der verschwiegen und einflußreich sei, die gewünschte Pension von 4—500 Talern bewilligen. Doch wurde ihm nur die Hälfte bewilligt (D. N. XV, 295.)

⁷⁰⁾ D. N. XIV, 401; XV, 27 f.

⁷¹⁾ Siehe solche D. N. XVI, 111 f.

Am 18. Juni wurde der Reichstag von König August vertagt: erst am 22. Dezember sollte er zu weiteren Verhandlungen zusammentreten. Es schien zunächst, als ob durch den steigenden Einfluß Preben-dowskis in die königlichen Universalbriefe nichts mehr über die Dignitätsfrage hineinkommen sollte, und daß die Litauer und „amici quidam des Herrn N. N.“⁷²⁾ deshalb gegen die Universalien protestieren wollten⁷³⁾. Trotzdem kam die Angelegenheit in diesen Briefen doch noch zur Sprache⁷⁴⁾, sehr zum Verdruß Hoverbeds und König Friedrichs. Hoverbeck setzte alles in Bewegung, um eine Audienz bei August zu erhalten, erreichte aber nur eine Milderung der Ausdrücke. Man bedeutete ihm, daß ja der kommende Reichstag nur eine Fortsetzung des vertagten sei, und daß deshalb die Instruktionen für die Landtage dieselben Punkte enthalten müßten. Außerdem sei es zweckmäßiger, wenn August öffentlich sich nicht als Freund Friedrichs zeige; und schließlich würde kein polnischer Kanzler die Universalien siegeln, wenn sie nicht die preußische Angelegenheit zur Sprache brächten. Trotzdem Hoverbeck Szczykas Einfluß die Schuld an diesen Schwierigkeiten zuschob, konnte er sich doch nicht entschließen, den Kanzler durch die Aushändigung der beiden Dörfer zu gewinnen. Er hielt ihn für gänzlich unzuverlässig⁷⁵⁾. Immer wieder befiehlt der König die Auslieferung der Dörfer an Szczyka; es läge ihm sehr daran, wenn der Litauer sobald als möglich gewonnen würde, vielleicht auch unter Mitwirkung des Primas oder Jaluškis. Das wäre „vor Unser Interesse eine absolute Notwendigkeit“⁷⁶⁾. Friedrich witterte in Szczyka den Anstifter des „odiousen termini“ in den Universalien und glaubte ihn auf alle Fälle gewinnen zu müssen; auch der Kardinal riet nunmehr zu solchem Vergehen, umfomehr als Szczyka gegen Ende des Jahres Großkanzler von Litauen wurde⁷⁷⁾. Auf dem Reichstage im Dezember bearbeitete der Kardinal samt seiner Mätresse den Kanzler in Friedrichs Sinne, und in der Tat versprach Szczyka, ein treuer Diener Friedrichs werden zu wollen, falls man seine Ansprüche befriedigte. Es handelte sich hierbei nicht nur um die beiden Dörfer, sondern auch um andere strittige Punkte (Wiesen u. dergl.). Szczyka erklärte sich schließlich bereit, zunächst ohne ein Diplom von den Dörfern Besitz zu ergreifen. Doch verlangte Hoverbeck von ihm

⁷²⁾ Natürlich ist Szczyka damit gemeint.

⁷³⁾ Bericht Hoverbeds D. A. XIV, 288, und Schreiben Patkuls an Hoverbeck ebd. 291.

⁷⁴⁾ Vgl. D. A. XVII, 153. Der Punkt lautet: Porro quoniam idem Serenissimus Elector Brandenburgicus recentissime in Ducali Sua Prussia declaravit sese et coronavit Regem, quemadmodum igitur per Senatus consilium ante comitalem hanc materiam Sua Regia Majestas Dominus Noster Clementissimus ad proxima Comitia Regni remisit, ita eandem ordinibus ad praesens proponit, ut expedita possint suppeditare Consilia, et ita res istas accomodare, qualiter indemnitati Reipublicae quam optime provisum foret.

⁷⁵⁾ Vgl. den Bericht Hoverbeds vom 29. Oktober 1701, D. A. XVII, 137 f.

⁷⁶⁾ D. A. XVII, 210.

⁷⁷⁾ D. A. XVII, 359.

seine Unterschrift, daß er nichts gegen Friedrich unternehmen und ihn als König anerkennen wolle, da „alle Magnaten nicht Sklaven ihrer Versprechungen sein wollen“⁷⁸⁾. Hieran scheinen die Unterhandlungen zunächst gescheitert zu sein; Szejzuka erhielt seine Dörfer nicht und trat auch fernerhin als erbitterter Gegner Friedrichs auf⁷⁹⁾.

Sobald die Landtage herannahen (November 1701), erschienen die Agenten Friedrichs (Strehm, Groeben usw.) wieder in Polen, ausgerüstet mit denselben Instruktionen wie früher, die in der Zerreißung der Tagungen gipfelten⁸⁰⁾. Aber auch Friedrichs Gegner — unter ihnen der sächsische Kanzler Reichling — waren nicht müßig. Sie ließen ein „schlimmes Projekt“ bei den Landtagen kurieren und forderten darin auf, „ut nuntii terrestres iuramento obliquerentur, se nullos cum Brandenburgico tractatus permissuros Suamque Maiestatem Regiam iuramento obstricturos, ne eum regem recognoscat“⁸¹⁾. Während der Landtag von Ploetz nur die Verweisung der Angelegenheit an die Republik beschloß, glaubte derjenige von Lenczke einen Protest gegen den undankbaren Vasallen der Republik einlegen zu müssen. Hoyerbeck hielt diese lächerliche, aber „schändliche Protestation“ für eine vom polnischen Hofe bestellte und bezahlte Arbeit, die von den betreffenden Nuntien um so lieber geleistet worden sei, als sie bei ihrer eingebildeten Wichtigkeit hoffen zu können glaubten, nummehr auch von Friedrich bestochen zu werden und einen „Braten zu erschnappen“⁸²⁾. Auch der großpolnische Landtag in Schroda wollte einen Protest einreichen und Towianski zur Verantwortung ziehen, wurde aber von den Agenten Preußens zerrissen⁸³⁾.

Als dann der Reichstag begann, schwirrten wiederum Gerüchte in Warschau umher, die Stimmung gegen Friedrich machen sollten. So hieß es, er habe ein Bündnis mit Schweden gegen Polen geschlossen, er habe eine beleidigende Flugchrift: „Wider den Unjug des päpstlichen Breve“ inspiriert und dergl. mehr⁸⁴⁾. Auch der Federkrieg ging weiter⁸⁵⁾. Indessen mehrten sich die Anerkennungen der preussischen Königswürde durch einzelne Magnaten; so erklärte sich der General von Großpolen bereit, für Friedrichs Interesse zu wirken; nur erbat er für die verwitwete Kastellanin von der Wilde ein Haus in Königsberg. Die Familie des Woiwoden von Pomerellen, Gninski, wurde

⁷⁸⁾ Bericht Hoyerbecks vom 20. XII. 1701, D. N. XVII, 363.

⁷⁹⁾ Vgl. D. N. XVIII, 67. Bericht Hoyerbecks vom 28. II. 1702.

⁸⁰⁾ D. N. XVI, 41 f., 118.

⁸¹⁾ D. N. XVII, 229, Bericht Hoyerbecks mit Anlagen.

⁸²⁾ D. N. XVII, 238.

⁸³⁾ D. N. XVII, 297 und XVIII, 5 f.

⁸⁴⁾ D. N. XVIII, 5 f.

⁸⁵⁾ Vgl. die Schrift: *Regiam dignitatem ab Electore Brandenburgico in Prussia nuper assumtam nihil in se habere, quod iuribus regni Poloniae pactisque inter illud et domum Brandenburgicum olim initis repugnet aut Regi et Reipublicae Poloniae fraudo et detrimento esse possit.* Der Faktor der Königsberger Druckerei, in der diese Schrift erschien, mußte sich Werner gegenüber eidlich zur Geheimhaltung verpflichten. D. N. XVII, 341 und 437 f.

gewonnen durch den liebenswürdigen Empfang, den die Woiwodin bei der Königin von Preußen erhielt; ihr Übertritt zur Sache Friedrichs zog auch andere mit sich ⁸⁶). Auch der Bischof von Kulm, Potocki, sandte seine Anerkennung ⁸⁷), und viele andere folgten.

Nach nur kurzen Verhandlungen mußte auch dieser Reichstag ergebnislos nach Hause gehen; in der auf ihn folgenden Senatsverhandlung (Februar 1702) empfahl der Cardinal dem König August eifrig die offizielle Anerkennung Friedrichs, während Szcuka widersprach ⁸⁸). August konnte sich jedoch nicht entschließen, Friedrich öffentlich anzuerkennen, und so ließ Friedrich durch Hoyerbeck erneut energische Vorstellungen erheben und vor allem darüber Beschwerde führen, daß die Polen behaupteten, August II. habe nur in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Sachsen Friedrich anerkannt, während die Sachsen erklärten, daß August nur als König von Polen die Anerkennung ausgesprochen habe ⁸⁹).

Während Friedrich die Bestechungssummen an die einflußreichsten Magnaten auszahlen ließ, ging Szcuka leer aus, trotzdem er sich bereit erklärt hatte, gegen 18 000 Taler auf seine Dörfer zu verzichten; leer gingen auch aus die vier Nuntien von Lenczyz, die von ihrem Protest gegen eine Zahlung von je 300 Talern zurücktreten und Friedrichs Parteigänger werden wollten ⁹⁰).

Auch im weiteren Verlauf des Jahres betrieben Hoyerbeck und Werner immer wieder Friedrichs Anerkennung in Polen, ohne doch mehr als Versprechungen erreichen zu können ⁹¹).

So verümmelte allmählich der Handel ⁹²). Die schweren Zeiten, die für Polen und zumal für August II. eingetreten waren, ließen das Interesse an der preußischen Frage zurücktreten. August, der nur persönlich Friedrichs Anerkennung ausgesprochen hatte, war für keine öffentliche Erklärung zu haben, da er Polen wenigstens in dieser Angelegenheit nicht vor den Kopf stoßen wollte. Da er Preußens Hilfe gegen Schweden und Polen doch nicht gewinnen konnte, so glaubte er die meisten Vorteile zu erzielen, wenn er zögerte und labierte. So mußte ihm Szcukas Auftreten erwünscht sein, um Friedrich die polnische Stimmung recht deutlich vor Augen führen zu können, und so ist es nicht unwahrscheinlich, daß Szcukas Reden bestellte Arbeit gewesen sind. Die Republik selber konnte ihre Zustimmung zu einer auf Preußen gegründeten Königswürde unmöglich geben, solange sie daran festhielt, daß Preußen einst an die Krone Polen zurückfallen mußte.

⁸⁶) D. A. XVII, 371.

⁸⁷) D. A. XVIII, 79.

⁸⁸) D. A. XVIII, 67.

⁸⁹) D. A. XVIII, 85.

⁹⁰) Berliner Staatsarchiv Rep. 9. 27 a a 1.

⁹¹) Ebd. 3.

⁹²) Vgl. Waddington S. 329 über die Proteste, die noch gelegentlich von den polnischen Landtagen ausgingen.

So sah Friedrich I. das Ende des Handels nicht, ebenso wenig wie sein sparsamer Nachfolger Friedrich Wilhelm I., dessen Grundsatz es war, keinen Taler für die Anerkennung zu opfern⁹³⁾. Es ist bezeichnend, daß erst kurz vor der ersten Teilung Polens der Reichstag von 1764 die feierliche Anerkennung Friedrichs II. aussprach⁹⁴⁾, desselben Herrschers, der bald auch den noch polnischen Teil des alten Ordenslandes erwerben und sich nunmehr König von Preußen nennen durfte.

⁹³⁾ Waddington S. 330.

⁹⁴⁾ Ebenda.

